

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbrettet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptkollektors zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, S. m. d. S. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgroßkassa Bischofswerda Konto Nr. 64

Abrechnungswerte: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelsommer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Verlagspreis: 4 Pf. pro Nummer. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Art — wird die Verantwortung der Zeitung oder der Verlagsanstalt nicht wieder durch politische Gedankengänge beeinflussen zu lassen.

Abrechnungswerte (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Druckzeile 10 Pf., breite Anzeigen 8 Pf., das Logo die 90 mm breite Druckzeile 30 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 8

Montag, den 11. Januar 1932.

87. Jahrgang

Deutschland kann keine Tribute mehr zahlen.

Endlich spricht der Reichskanzler das erlösende Wort.

Berlin, 10. Januar. Der Reichskanzler empfing am Sonntagabend den Chefdelegationen des Völkerbundes, dem er eine Erklärung über die Haltung der deutschen Abordnung in Lausanne übergab. Ein Zweifel an dieser Haltung sei nicht auf möglich. Es gelte jetzt für die beteiligten Mächte, die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Völkerbundskommission zu ziehen. Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Dimensionen der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die verheerenden Folgen der Weltwirtschaftlichen Krise für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äußerste Grenze gehenden Maßnahmen vor, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien, und erkenne von ihnen an, daß sie in der modernen Weltgeschichte ohne Beispiel dastünden. Zugleich beweihe der Bericht aber, daß einseitige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Schwermut der Welt sei, gemeinschaftlich ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln, fordere. Dafür, wolle die deutsche Abordnung der Regierungen bitten, daß sie der Welt, wenn er auch auf formale Vorbehalte verzichte, doch ganz klar die Richtung anzeige.

Die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands

und zeige darüber hinaus, in welchem engen wirtschaftlichen Zusammenhang gerade die deutschen Reparationszahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß sich die Voraussetzungen, von denen her die Verfallens des Youngplans ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten. Hiermit, so betonte der Reichskanzler, sei im Grunde alles gesagt. Es liege klar nahe, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischer Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichskanzler ein Spielraum für Überlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie lägen auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes an, als die gegebene Sachlage darzustellen, und an die anderen beteiligten Regierungen die Anforderung richten, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung trügen und nicht noch Kompromisslösungen suchten, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Abschließend erklärte der Reichskanzler, er glaube bestimmt, daß es heute in keinem Lager mehr an der inneren Einsicht in die Notwendigkeit der jetzt zu ziehenden Schlussfolgerungen fehle. Es komme nur darauf an, auch den

fortzusetzen, jedoch sei dies nicht in der prägnanten Form, wie sie im Reuters Telegramm geschildert werde, erfolgt.

Erklärung des französischen Finanzministers.

Paris, 10. Januar. Finanzminister Flandin äußerte sich zur Tributentlastung des Reichskanzlers wie folgt: Wenn die Erklärungen, die man dem Kanzler in die Schuhe schiebt, richtig sind, wonach die deutsche Regierung die Forderungen des Youngplans und des Verfallens Vertrags nicht weiter erfüllen wird, so würde das bedeuten, daß Deutschland mit dem Youngplan und dem Verfallens Vertrag ein Ende machen wird. Es bleibt deshalb die Befürchtung dieser Nachricht abzuwarten. Wenn sich die Erklärungen bestätigen, so würde keine französische Regierung die Abhängigkeit der freiwillig unterzeichneten Verträge annehmen können. Wenn der Lausanner Konferenz solche Erklärungen der Nichtzahlung vorausgehen würden, so würde die Konferenz überflüssig.

Seht Frankreich an den Haager Gerichtshof

London, 10. Januar. Der Pariser Korrespondent der Sunday Times meldet, daß Frankreich auf Grund des Anhangs I des Haager Abkommens vom Januar 1930 die Tributfrage wahrheitsgemäß vor den Haager Gerichtshof bringen werde, falls keine Einigung zwischen den Parteien zustande komme.

Geschrei in der Pariser Presse.

Paris, 11. Januar. Die große Mehrzahl der Pariser Presse äußert sich in erregter Weise zu der Erklärung des deutschen Reichskanzlers. Wieselbach wird gesagt, daß sie die Tributkonferenz in Lausanne im Grunde unnütz mache. Durch die Haltung Deutschlands (!) sei die Konferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt. Nur einige radikale Blätter würdigen den Standpunkt Deutschlands.

Englische Blätter begrüßen Deutschlands Auffassung des Reparationsproblems.

London, 11. Januar. Die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers über die Reparationsfrage werden von allen Blättern in Zeitungsartikeln erörtert.

Wieselbach kommt zum Ausdruck: Die Engländer haben die Reparationskrisen herzlich satt und freuen sich, daß Deutschland „den Kuchen angeknipst hat“.

„Daily Express“ sagt, die Hauptsache sei, daß die deutschen kommerziellen Verpflichtungen von der Erklärung Dr. Brüning unberührt bleiben.

Von den Finanzblättern sagt „Financial News“, die Beendigung der Zahlung der Kriegsschulden in irgendeiner Form sei besser als ihre Fortsetzung. Auf jeden Fall werde immer klarer, daß England auf der Konferenz eine entscheidende Rolle spielen müsse. Da die Vereinigten Staaten gegenwärtig für eine völlige Annullierung nicht zu gewinnen seien, müsse danach gestrebt werden, die politischen Schulden auf ein für Schuldner und Gläubiger erträgliches Maß herabzusetzen.

Frankreich geht nach Lausanne. — Schwierigkeiten bei den englisch-französischen Verhandlungen.

Paris, 11. Januar (Draht). Die Agentur Havas meldet, daß die französische Regierung ihr Verhalten angeht die Erklärung des Reichskanzlers über die Einstellung der Reparationszahlungen noch nicht festgelegt habe. Der Minister werde zweifellos am Dienstag hierüber berichten. Auf jeden Fall dürfe man annehmen, daß Frankreich zur Reparationskonferenz, die am 23. Januar in Lausanne zusammentritt, erscheinen werde. Auch könne man in offiziellen Kreisen nicht daran denken, an den internationalen Gerichtshof im Haag zu appellieren, was für den Fall einer absichtlichen Verletzung des Youngplans durch Deutschland vorzugehen sei. Daraus folge jedoch nicht, daß die französische Regierung, falls die deutschen führenden Kreise bei ihrer Weisheit beharren sollten, ohne jede Waffe dastünde. Die Sachverständigen wiesen z. B. darauf hin, daß es möglich wäre, eine besondere Bestimmung nach Art der

in Berliner politischen Kreisen wird bestätigt, daß der Reichskanzler eine Unterhaltung mit dem englischen Botschafter hatte. Der Kanzler habe darauf hingewiesen, daß Deutschland nicht die Mittel habe, um die Tributzahlungen

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Eine Mitteilung an den englischen Botschafter.

London, 10. Januar. Unter der Überschrift „Deutschlands Ultimatum“ veröffentlicht der Star ein Reuters Telegramm aus Berlin über einen Besuch des Botschafters Sir Horace Rumbold bei Dr. Brüning. Hierbei verständigte der Kanzler den Botschafter davon,

daß Deutschland weder jetzt noch in Zukunft irgendwelche Reparationen zahlen könnte, wenn das wirtschaftliche Leben der Welt wieder belebt werden solle. Die deutsche Abordnung müsse auf der Lausanner Konferenz dringend für die vollständige Streichung der Reparationen eintreten.

Man wolle in Berlin darauf hin, daß das geborgte Geld, mit dem Deutschland bisher seine Reparationen bezahlt hätte, da es nicht für produktive Zwecke verwendet worden sei, tot sei. Das deutsche wirtschaftliche Leben liege jetzt an dem Rande des Zusammenbruchs. Dieser würde unvermeidlich werden, wenn versucht würde, wieder die Reparationslasten Deutschland aufzuerlegen. Wenn Deutschland dagegen von dieser Last befreit würde, so werde es in der Lage sein, seine privaten Schulden zur gegebenen Zeit zu bezahlen. Aber es könne unmöglich diese und die Reparationen zusammen zahlen.

In Berliner politischen Kreisen wird bestätigt, daß der Reichskanzler eine Unterhaltung mit dem englischen Botschafter hatte. Der Kanzler habe darauf hingewiesen, daß Deutschland nicht die Mittel habe, um die Tributzahlungen

Tageschau.

* Reichskanzler Dr. Brüning hat dem Botschafters Telegramm eine Erklärung übergeben, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sei, Tribute zu zahlen. Dieser Standpunkt werde auf der Konferenz in Lausanne vertreten werden. Eine ähnliche Mitteilung erhielt auch der englische Botschafter.

* Der französische Finanzminister hat zur Tributentlastung des Reichskanzlers eine Erklärung abgegeben, in der er betont, daß die französische Regierung die Abhängigkeit der Verträge nicht anerkennen könne.

* Die angekündigte Unterredung zwischen Dr. Brüning und dem Reichskanzler, die Sonntag mittag stattfand, dauerte 1 1/2 Stunden. Ein praktisches Ergebnis hat sie nicht erzielt. Montag nachmittag 4 Uhr wird eine neue Unterredung zwischen Brüning und Flandin stattfinden, worauf dem Kanzler Antwort erteilt wird. Flandin und Brüning hatten am Sonntag auch eine Besprechung mit Croener und Generalleutnant von Schölerer.

* Die Arbeitsarbeiten auf der Karften-Zentrum-Grube bei Breiten haben den Erfolg, daß im Laufe des Sonntag von den durch einen Bergsturz verfallenen 14 Bergleuten noch sechs Tagen noch leben übergeben worden sind.

* Bei den Gemeindevahlen im Freistaat Lippe, die am gestrigen Sonntag stattfanden, hatten die Sozialdemokraten wieder starke Verluste, die nur zu einem geringen Teil den Kommunisten zugunsten gekommen sind. In der Stadt Detmold sind die Sozialdemokraten auf die Hälfte zusammengesunken.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Kassel
erd ge-
Defieren
n Akter
1 (Son
gen für
Frauen,
er aus-
nehmen
in alten
n Frie-
Tracht
le zum
schen“
„Abeln“
„Gruß-
So wie
utschen
abieten
gehörte
Frauen
en.
Blaff

Rür
Hühlich
gen sie
Kopf-
aus
mmer

te n:
ch der
e wird
etwas
der
aufdr
aubert

e, zum

erleben